

Die Geschichtsschreibung der DDR sieht in der Errichtung der SMAD rückblickend den Beginn der Revolution in der DDR. So schreiben Werner Künzel/Karl-Heinz Schöneburg (Allgemeines, Besonderes und Einzelnes in der Entstehung volksdemokratischer sozialistischer Staaten in Europa, S. 1113):

»Die Tätigkeit der SMA zielte darauf, Bedingungen zur Wahrnehmung des nationalen Selbstbestimmungsrechts durch die antifaschistisch-demokratischen Kräfte und ihre staatlichen Organe zu schaffen, um die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten schrittweise zur Übernahme der Souveränität gesamtstaatlich zu befähigen, um den historisch notwendigen Übergang zum Kapitalismus als eigene Aktion der deutschen Arbeiter und Bauern zu bewirken.«

- 19 b) Bereits einen Tag nach der Errichtung der SMAD, also am 10. 6. 1945, erging der Befehl Nr. 2¹⁷. Mit ihm wurde eine Entwicklung eingeleitet, die in der Präambel der Verfassung von 1968 als die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« bezeichnet wird.

Auch in den im anderen Teil Deutschlands erschienenen Darstellungen über die staatsrechtliche Entwicklung der DDR wird kein Hehl daraus gemacht, daß mit dem Befehl Nr. 2 eine wesentliche Voraussetzung geschaffen werden sollte, um die machtpolitischen Verhältnisse entsprechend marxistisch-leninistischen Vorstellungen zu gestalten (Karl-Heinz Schöneburg/Karl Urban, Macht und Demokratie .. . ; Ingetraut Melzer, Zur Herausbildung des volksdemokratischen Staates in Deutschland). Nach diesen war es Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, die künftige Entwicklung Deutschlands in die Hand zu nehmen, um die Entwicklung zum Sozialismus voranzutreiben. Aber es mußten die historischen Besonderheiten der Situation in Deutschland berücksichtigt werden. Dazu wird gerechnet, daß die Arbeiterklasse in Deutschland nicht in der Lage gewesen wäre, die frühere Staatsmacht durch eine Revolution zu stürzen (Fred Oelssner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 19). Die Sowjetunion als ein Staat, in dem nach ihrem Selbstverständnis die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt, fühlte sich verpflichtet, nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg der deutschen Arbeiterklasse die freie Entfaltung zu ermöglichen. Notwendig war dazu die Existenz einer politischen Partei, die die Arbeiterklasse entsprechend den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus führen konnte. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wurde ferner der Schluß gezogen, daß die Arbeiterklasse den Neuaufbau nicht im Alleingang in Angriff nehmen konnte, weil sie dazu zu schwach war. Schon nach der Machtergreifung durch Hitler hatte sich die illegal gewordene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) von ihrer Politik der Isolierung gegenüber anderen politischen Kräften gelöst und sich auf ihren Parteikonferenzen in Brüssel (Oktober 1935) und in Bern (Januar/Februar 1939) zu einer Bündnispolitik (Volksfrontpolitik) bekannt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde im Jahre 1943 mit Unterstützung der Sowjetunion auf Betreiben der KPD das »Nationalkomitee Freies Deutschland« gegründet, das als organisatorisches und politisches Zentrum aller von der Arbeiterklasse, das heißt von der KPD, geführten Patrioten bezeichnet wurde. In einem »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« hatte die Parteiführung der KPD im Oktober 1944 verkündet, daß der künftige Staat auf der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eines breiten

17 VOB1. der Stadt Berlin, S. 28.